

Baruther Anzeiger

Beitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland



Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgehalt freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erfüllung des Bezugsgebotes. Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund“.

Anzeigenpreis: Die sechshepaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreizehpaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unbedeutend geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden. Sonnabend: „Wort und Bild“, illustriertes Sonntagsblatt.

Nr. 147

Donnerstag, den 9. Dezember

1926

Die erste Sitzung des Völkerbundesrates

Genf. Der Völkerbundrat nahm seine Beratungen mit einer geheimen Sitzung am Montagvormittag auf. In dieser vertraulichen Sitzung, über deren Ergebnisse im übrigen stillschweigend bewahrt wird, wurde die Ernennung des deutschen Untergeneralsekretärs Dufour-Peronce bestätigt. Chamberlain richtete einige freundliche Worte an den neuen Untergeneralsekretär. Banderville wurde, wie schon vorher verabredet war, zum Vorsitzenden der Ratssitzung gewählt und übernahm dann auch sofort den Vorsitz in der öffentlichen Sitzung, die sich mit den Arbeiten des Hygienekomitees beschäftigte.

Den Vortrag hielt Viscount Blitt. Der Rat sah in feinerer Art und hörte auf französisch und englisch den Vortrag über die Arbeiten der Kommission zum Studium der Schlafkrankheit... In 20 Minuten war die öffentliche Ratssitzung zu Ende.

Das Neubauprogramm in Preußen.

Langsame Steigerung der Mieten. Im Hauptauschuß des Preussischen Staatsrats führte Finanzminister Dr. Höpfer-Wachhoff in seiner Etatsrede u. a. folgendes über die Neubautätigkeit aus:

Bei der Neubautätigkeit liegen die Dinge so, daß man, wenn ein verstärktes Neubauprogramm durchgeführt werden soll, mit den Mitteln der Hauszinssteuer nicht auskommen wird. In den beiden vergangenen Jahren ist mit Hilfe öffentlicher Mittel in Preußen eine sehr lebhaftere Neubautätigkeit entfaltet worden. Im Jahre 1925 sind ungefähr 100 000 neue Wohnungen hergestellt worden, davon mehr als drei Viertel mit Hauszinsfremdhypotheken. Im Jahre 1926 wurden 130 000, wahrscheinlich noch etwas mehr, Wohnungen in Preußen hergestellt. Wenn man aber etwa, wie es der Landtag wünscht, ein Neubauprogramm von 150 000 Wohnungen im Jahre 1927 in Preußen durchführen will und damit rechnet, daß ein Teil dieser Wohnungen aus privaten Mitteln ohne Hauszinssteuer hergestellt werden kann, daß dann also etwa 120 000 Wohnungen mit Hauszinsfremdhypotheken unterstellt werden müssen, und wenn man als Betrag einer Hauszinsfremdhypothek 5000 Mark rechnet, so würde sich daraus

für die Neubautätigkeit ein Gesamtbedarf von 600 Millionen ergeben.

Da die Hauszinssteuer höchstens 430 Millionen ergibt, würden 170 Millionen durch Anleihe zu decken sein. In einem Programmwurf, den der Wohlfahrtsminister hat drucken lassen, ist die Anregung gegeben worden, die Neubautätigkeit so zu finanzieren, daß man die Mieten und die Hauszinssteuer weiter erhöht. Das Staatsministerium hat zu dieser Anregung noch keine Stellung genommen. Ich halte es aber doch für vollkommen unmöglich, die Miete im nächsten Jahre auf 130 Prozent zu erhöhen.

Die Miete muß langsam gesteigert werden im Laufe einer Entwicklung, deren Dauer sehr schwer abzuschätzen ist. Für eine langsame Steigerung der Miete auf 130 Prozent bedarf es mindestens eines Zeitraumes von 3 Jahren, wahrscheinlich wird es noch länger dauern. Eine mäßige Erhöhung der Miete wird man im Laufe des nächsten Jahres schon deshalb bekommen, weil der Hausbesitzer die aufgewerteten Hypotheken nicht anwenden muß, der etwa 8 Prozent der Friedensmiete beträgt. Für u n d u r c h f ü h r b a r halte ich es auch, ganz abgesehen von den politischen Schwierigkeiten, etwa für das nächste Jahr an eine weitere Erhöhung der Hauszinssteuer zu denken.

Neue Ministerbesprechung in Genf.

Genf. Die Verhandlungen zwischen Dr. Stresemann und den alliierten Außenministern sind im Laufe des Montags wieder aufgenommen worden.

In den Nachmittagsstunden fand zum erstenmal eine Zusammenkunft der drei Außenminister Englands, Frankreichs und Deutschlands statt, zu der auch der belgische Außenminister Banderville hinzugezogen wurde. Auf französischer Seite wird offensichtlich einem Kompromiß zugestimmt.

Man will Deutschland einen festen Kern für die Aufhebung der Interalliierten Militärkontrollkommission zufließen, jedoch die Revision des Investitionsprogramms auf die Währungsfrage des Völkerbundes versagen, wobei man gewisse unwesentliche Veränderungen des Investitionsprogramms in Aussicht stellen will, ohne sich auf eine grundsätzliche Revision des Protokolls festzulegen. Um in diesem Sinne auf die deutsche Delegation einen Druck auszuüben, weist man auf eine Reihe von der Vorkonferenz festgestellter neuer Verhältnisse Deutschlands in der Entwaffnungsfrage hin.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Kompromißvorschlag von deutscher Seite völlig unannehmbar ist. Ein automatisches Inkrafttreten des Investitionsprogramms nach Aufhebung der Interalliierten Kontrollkommission würde zudem eine den deutschen Wünschen entsprechende Revision des Protokolls im März zum mindesten sehr schwierig machen, da die Revision des Protokolls notwendige Einflimmigkeit jederzeitverbindert werden könnte.

Die Spitzenverbände der Wirtschaft gegen die Wohnungszwangswirtschaft.

Berlin. Die sieben namhaftesten Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft veröffentlichten eine Entschlieung zur Frage der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens, in der deren Befestigung im Interesse der Ausgestaltung der freien Wirtschaft zum Zwecke der Beseitigung des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage und Behebung der Wohnungsnot gefordert wird.

Im einzelnen wird u. a. verlangt: sofortige Befestigung des Wohnungsmangelsgesetzes, Abbau des Eingriffs in das freie Vertragsrecht der Parteien, beschleunigte Angleichung der Mieter in alten und neuen Räumen, genügende Erstellung von den Bedürfnissen der großen Masse entsprechenden, gesundheitsfördernden einwandfreien Häusern. Endlich wird eine Prüfung der Frage verlangt, ob, soweit Zuschüsse aus allgemeinen Mitteln notwendig sind, diese nicht zweckmäßiger in der Form von Zinszuschüssen als durch Übergabe von Kapitalien gewährt werden sollen. Die Umwandlung der Hauszinssteuer in eine öffentlich-rechtliche Rente wird abgelehnt.

Kein Fortschritt in Genf.

Der Generalsekretär der Vorkonferenz eingetroffen.

Genf. Seit der Zusammenkunft der Vertreter der am Abnahmepakt beteiligten Mächte sind noch keine weiteren Ministerbesprechungen gepflogen worden. Nach einer zweitägigen Unterhaltung trennten sich die Minister, ohne näheren Bericht über ihre Unterredung zu machen. In dem amtlichen Bericht heißt es lediglich, daß die bisherigen Einzelbesprechungen fortgesetzt worden seien, daß das Ergebnis dieser Zusammenkunft befriedigend sei und daß man hoffe, zu einer Einigung zu gelangen.

Am Dienstag vormittag trafen sich Dr. Stresemann und der belgische Außenminister Vandervelde. Man vermutet, daß der belgische Außenminister verfahren soll, in der Kontrollfrage zu vermitteln. Allerdings dürfte auch dieser Versuch an der energischen Weigerung der deutschen Delegation scheitern, die vorgezeichneten „stärkenden Elemente“ der neuen Völkerbundkontrolle anzuerkennen oder gewisse Befugnisse der Kontrolle, die das selbständige Untersuchungsrecht in deutschen Fabriken ohne polizeiliche Führung zulassen.

Die Ministerkonferenz der fünf Mächte tagte erst wieder am Mittwoch nachmittags. Das Hinschieben dieser Besprechungen, die allein die Entscheidung über die Kontrollfragen bringen werden, hängt damit zusammen, daß man das Resultat der in Paris stattfindenden Vorkonferenz abwarten will. Der Generalsekretär der Vorkonferenz, Massigli, ist aus Paris in Genf eingetroffen. Er hatte zunächst eine Unterredung mit Briand und schickte dann dem Staatssekretär von Schubert auf. Das ist alles. Am so stärker wird der Druck nach Paris benutzt, denn dort lagt wieder das militärische Garantiekomitee. Anweisungen werden gegeben und angefordert. Genf wartet auf Paris.

Womit sich der Völkerbundrat beschäftigt.

Am Dienstag nachmittags begann die eigentliche Ratssitzung. Ihr Programm ist folgendes:

1. Die Anleihe für die Anhebung der bulgarischen Gültigkeit.
2. Bezahlung der Ausgaben, die durch die Post des Völkerbundkommissars in Danzig erwachsen sind.
3. Festsetzung des Schlußdatums des Wettbewerbs zur Erlangung von Plänen für die neugeplanten Bauwerke des Völkerbundes.
4. Bekanntgabe der Resultationen, die von der Vollversammlung in ihrer letzten ordentlichen Sitzung beschlossen wurden, betreffs des übertragbaren einstimmigen Votums für die nichtständigen Ratsmitglieder usw.
5. Studium der juristischen Situation der Staaten, die die Beiträge zum Völkerbund immer noch nicht bezahlt haben.

Die Hauptschwierigkeiten für die Lösung der Kontrollfrage.

Genf. Die gegenwärtig einer Beendigung der Militärkontrolle noch entgegenstehenden Schwierigkeiten werden jetzt hauptsächlich in der politischen Forderung auf Neubestimmung der deutschen Befestigungen im Osten sowie in der Ausfuhr der deutschen Selbstverpflichtungen gesehen.

Von deutscher Seite wird darauf hingewiesen, daß der Artikel 180 des Versailleser Vertrages lediglich erklärt, das System der deutschen Befestigungen im Süden und Osten bleibe im gegenwärtigen Zustande bestehen. Der Hinweis der Kontrollkommission, daß diese Befestigungen zu modernen Ausrüstungen hätten, muß daher abgelehnt werden. Zu der Frage der Ausfuhr von Halbbarrikaden wird von deutscher Seite mit allem Nachdruck geltend gemacht, daß die Forderung auf Unterbindung dieser Ausfuhr in keiner Weise mit dem Artikel 170 Absatz 2 des Versailleser Vertrages in Übereinstimmung stehe. Eine derartig rigorose Auslegung dieser Bestimmung würde in der Folge zu einer Paralyse der gesamten deutschen Industrieausfuhr führen.

Rußlands Abgabe an den Völkerbund.

Aussagen Tschißherins in Berlin. Berlin. Der russische Außenminister, Herr Tschißherin, weist, wie bekannt, seit Mitte der vorigen Woche in Berlin.

Tschißherin hat den von ihm empfangenen Pressevertretern ein schriftliches Exposé überreicht und sich bei seinem mündlichen Vortrag im wesentlichen auf dessen Beilegung beschränkt.

Das Exposé stellt eine ausgesprochen antibritische Kundgebung dar, daneben aber auch eine ebenso ausgesprochene und durch die Art des Vortrages dieser Stellen noch ganz besonders unterstrichene erneute Abgabe an den Völkerbund wie an den Völkerbundgedanken überhaupt.

Tschißherin begann mit der Versicherung, daß die Freundschaftsbände, die Rußland mit Deutschland verbinden, bereits so fest geworden seien, daß er sich völlig darauf verlassen könne.

Wichtig fuhr Tschißherin dann fort: „Schwierig gestalten sich unsere Verhältnisse zu Polen. Als ich den polnischen Außenminister Czajkowski im vorigen Jahr in Warschau besuchte, konnte ich annehmen, daß die polnische Regierung den Gedanken der Errichtung eines baltischen Bündnisses unter polnischer Segenomein aufgegeben hätte. Leider befehlen uns die weiteren Verhandlungen mit Polen eines anderen. Dies ist gegenwärtig die Klust, die uns von Polen trennt.“

Tschißherin verzicht weiterhin die gegenwärtige Lage mit derjenigen des Vorjahres und stellte dabei erneut fest, daß die

russischen Beziehungen zu Deutschland sich befestigt haben. Uebershaupt sei seitdem die internationale Lage der Sowjetrepublik trotz aller feindsüchtigen Bemühungen merklich besser geworden. Der Volkskommissar hielt für Rußland, alles Teil in dem System unmittelbarer Vorkontrakte mit den einzelnen Mächten. Hierzu jagte er ferner:

„Ich kann mich nie eines homerischen Nachens enthalten, wenn ich die Risikomenens von Kugelpfeilen lese, die uns überreden wollen, daß der Eintritt in den Völkerbund ein Mittel gegen die Isolierung und eine Sicherung von irgend etwas bedeutet. Für jeden, der mit Tatsachen, und nicht mit Worten, zu rechnen weiß, ist es vollkommen klar, daß die Unwesenheit im Völkerbund keine Erhöhung der Sicherheit, sondern eine Verminderung derselben, keine Verminderung der Isolierung, sondern eine größere Abhängigkeit von anderen bedeutet und am Ende dem Staat, der ihr fährende ist, vergrößerte Wuchtmittel in die Hände legt. In diese Falle wird sich die Sowjetunion nicht locken lassen.“

Die Deutschnationalen verlangen Klärung.

Im Fejsaal des Preussischen Landtages trat die aus etwa 200 Personen bestehende Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei zu ihrer diesjährigen Tagung zusammen.

Graf Westarp besprach die Politik der deutschnationalen Fraktionen in den Parlamenten und kam dabei auf die Rede des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Schulz, zurück. Er verlangte, da es sich um eine völlig neue Situation handele, schleunige Klärung. Die Partei halte an den Grundansprüchen in nationaler und wirtschaftlicher Hinsicht fest. Den Mittelparteien müsse, wie beim Erwerbslosgesetz, immer wieder der Beweis erbracht werden, daß es mit der Linkregierung auf die Dauer nicht gehe.

Reichsschulgesetz und Wahlreform.

Falsche Gerüchte. Berlin. Ein Berliner Abendblatt brachte die Behauptung, daß in den Beratungen des Reichstages Mittel zur Durchführung des kommenden Reichsschulgesetzes angefordert werden seien, und knüpfte daran die Bemerkung, daß der Reichsinnenminister Dr. Kütz beabsichtige, das von seinem Vorgänger Schiele hinterlassene Reichsschulgesetz beizubehalten und den Reichstag zugehen zu lassen. Dieses Schulgesetz solle die Konzeptionsstelle an Stelle der Stimulanzstelle vor und solle den Ländern aufgegeben werden.

Die Nachricht ist in allen Punkten falsch. Das Schulgesetz, das der Reichsinnenminister in Bearbeitung hat, ist eine vollkommen selbständige Arbeit, die in keinem Punkte sich an frühere Entwürfe anlehnt. Insbesondere ist von einer zwangswegigen Einführung der Konzeptionsstelle nicht die Rede. Wenn sich das Kabinett mit dem Schulgesetz befassen wird, steht zurzeit noch nicht fest. Voraussetzlich wird aber der Reichsinnenminister vorher Gelegenheit nehmen, seinen Entwurf mit den Unterrichtsverwaltungen der Länder durczusprechen.

Strig ist auch die weitere Annahme des Blattes, daß die in Aussicht gestellte Wahlreform mit geringeren Eifer als das Schulgesetz behandelt werde, obwohl sie von der gesamten politisch interessierten Bevölkerung mit größter Spannung erwartet werde. Das Wahlgesetz hat das Kabinett bereits einmal beschäftigt, und es ist in nächster Zeit die Entscheidung des Kabinetts zu erwarten.